



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack

KERSTIN TACK

HANNOVER IM HERZEN.
DEUTSCHLAND IM BLICK.



Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Monate waren geprägt von den außenpolitischen Diskussionen um die Wahlen in Griechenland, die Schwierigkeiten in der Ukraine, den Terror der ISIS und die Verhandlungen zu CETA und TTIP.

Innenpolitisch konnte die SPD in der Bundesregierung weiter ihre Inhalte umsetzen. Die Mietpreisbremse trägt unsere Handschrift und wir sind stolz auf die historische Einführung der Quote in Aufsichtsräten. Aber auch das Investitionspaket für Kommunen zur finanziellen Entlastung dieser ist ein wichtiger Schritt. Über ein Einwanderungsgesetz und seine Ausgestaltung kann man streiten, Fakt ist aber: Wir werden in Deutschland einen weit höheren Anteil an Einwanderung benötigen, als dies bisher erfolgt ist. Mit wel-

chen Maßnahmen dieses Ziel erreicht werden kann, wird die Diskussion der nächsten Wochen zeigen.

Demnächst werden die Gesetzentwürfe zu Werkverträgen und Leiharbeit vorliegen und sicher zu intensiven Diskussionen führen. Aber auch sensible Themen wie der Umgang mit Sterbehilfe werden wohl noch vor der Sommerpause eingebracht werden und damit eine breite gesellschaftliche Debatte auslösen, die aus meiner Sicht dringend gebraucht wird.

Es bleiben also viele Themen, über deren Austausch ich mich freuen würde. Für Diskussionsbeiträge bin ich allen sehr dankbar.

Herzlichst **Kerstin Tack, MdB**

Für eine gute und menschenwürdige Pflege – Die Gesetze zur Stärkung der Pflege

Im Januar 2015 ist das **Pflegestärkungsgesetz I** in Kraft getreten. Dies ist der erste Schritt einer umfassenden Pflegereform, mit dem viele Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige umgesetzt werden.

So werden die Pflegeleistungen insgesamt um vier Prozent erhöht, die finanzielle Unterstützung für den Umbau der eigenen Wohnung ausgebaut und die Betreuung in den Pflegeeinrichtungen verbessert. Weitere Verbesserungen sind auch die flexibleren Möglichkeiten für Angehörige, eine Auszeit in Form der Kurzzeit- und Verhinderungspflege in Anspruch zu nehmen, oder die Erhöhung der Pflegehilfsmittel.

Im Rahmen der parlamentarischen Beratung des Pflegestärkungsgesetzes I konnte die SPD-Bundestagsfraktion darüber hinaus durchsetzen, dass Pflegeeinrichtungen, die Tariflöhne bezahlen, gestärkt werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Für eine gute und menschenwürdige Pflege – Die Gesetze zur Stärkung der Pflege

Fortsetzung von Seite 1

Die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wurden ebenfalls weiter verbessert. Bei unerwartetem Eintritt einer akuten Pflegesituation müssen berufstätige Familienmitglieder zügig reagieren, um eine sofortige pflegerische Versorgung des pflegebedürftigen Angehörigen sicherzustellen. Das **Pflegezeitgesetz** räumt daher Beschäftigten das Recht ein, in solchen Krisensituationen ab sofort bis zu zehn Arbeitstage der Arbeit fernzubleiben, um die pflegerische Versorgung der nahen Angehörigen sicherzustellen oder die Pflege zu organisieren. Angehörige erhalten für die zehn Tage eine Lohnersatzleistung von bis zu 90 % des Nettogehaltes.



Beschäftigte, die in häuslicher Umgebung ihre pflegebedürftigen nahen Angehörigen pflegen wollen, haben nun auch die Möglichkeit einer Freistellung von der Arbeitsleistung für bis zu sechs Monate. Für die Begleitung schwerstkranker Angehöriger in der letzten Lebensphase besteht künftig ein Anspruch auf berufliche Freistellung für maximal drei Monate.

Wenn Beschäftigte für die Sicherstellung der häuslichen Pflege eines nahen Angehörigen eine länger dauernde Reduzierung ihrer Arbeitszeit benötigen, besteht die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Familienpflegezeit für bis zu 24 Monate.

Hilfen für Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen

Die seit dem Jahr 2008 steigende Anzahl an Asylanträgen – im Jahr 2014 waren es über 200.000 – stellt viele Kommunen vor große Herausforderungen. Um zügige Verfahren für alle Antragsteller zu sichern, haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit insgesamt 650 zusätzlichen Stellen personell ausreichend ausgestattet wird.

Im Jahr 2015 stellt der Bund darüber hinaus 500 Millionen Euro über einen einmaligen Festbetrag an der Umsatzsteuer zur Verfügung. Weitere 500 Millionen Euro folgen im Jahr 2016, wenn die finanzielle Belastung der Länder unverändert fortbesteht.

Im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes wollen wir die Kommunen und die überörtlichen Träger zusätzlich entlasten. Es soll ab dem Jahr 2015 zu Minderausgaben der Länder und Kommunen von 31 Millionen Euro sowie ab dem Jahr 2016 von 43 Millionen Euro führen. Darüber hinaus überlässt die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Flächen zur Unterbringung von Flüchtlingen künftig mietzinsfrei; so sparen Kommunen und Länder jährlich 25 Millionen Euro. Das Baurecht wurde ebenfalls geändert, damit schneller Gebäude für die Unterbringung errichtet und genutzt werden können.

Der Parteivorstand hat zudem eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die weitere Vorschläge unterbreiten soll, um die Kommunen wirksam bei der Unterbringung der Flüchtlinge zu unterstützen. Klar ist: Für uns hat die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge oberste Priorität.

Neue Förderprogramme gegen Langzeitarbeitslosigkeit

Trotz einer guten Gesamtlage auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Zahl der Langzeitarbeitslosen eine große Herausforderung. Insbesondere Alleinerziehende, arbeitslose Personen über 50 oder mit Migrationshintergrund sollen in den Fokus der neuen Programme genommen werden. Auch junge Menschen sollen mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung erreicht werden.

Bund und Länder erhalten in der Förderperiode 2014-2020 insgesamt rund 7,5 Milliarden Euro ESF-Mittel. Hiervon verbleiben 2,7 Milliarden beim Bund; die restlichen 4,8 Milliarden fließen in die Aktivitäten der 16 Bundesländer.

Unter dem Motto Zusammen.Zukunft.Gestalten wird der Bund im Rahmen seiner neuen ESF-Strategie zahlreiche Vorhaben fördern. Rund 38 % sind für soziale Integration und die Bekämpfung der Armut vorgesehen, 33 % für Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen und rund 25 % für die Förderung einer nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Beschäftigung.

Das bedeutet konkret, dass sich der Bund mit 26 Programmen thematisch konzentriert auf die Sicherung des Fachkräftebedarfs, die Bewältigung des demografischen Wandels und die Unterstützung besonders benachteiligter Personengruppen bei der Integration in den Arbeitsmarkt (z. B. Langzeitarbeitslose, benachteiligte junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund) fokussieren wird.

Interview mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier

kontACKt: Wir leben in einer Zeit, die von krisenhaften Entwicklungen in vielen Gegenden der Welt geprägt ist. Würdest Du die Einschätzung teilen, dass es schon lange nicht mehr eine solche Verdichtung von zeitgleich auftretenden, sich zuspitzenden weltpolitischen Konflikten gegeben hat?

Ich kann mich tatsächlich kaum an eine derartige Krisendichte, wie wir sie im Moment erleben, erinnern. Aber die Krisen folgen nicht nur immer schneller aufeinander, sie werden auch immer komplexer. Hinzu kommt, dass diese Krisen auf eine immer chaotischere Welt, auf eine immer unklarere internationale Ordnung treffen. Ich fürchte, dass wir uns darauf einstellen müssen, dass die Krise nicht die Ausnahme, sondern Normalfall ist. Hier ist Deutschland als größtes und ökonomisch stärkstes Land in Europa enorm gefordert.

kontACKt: Seit Monaten arbeitest Du unermüdlich an einer friedlichen Lösung des Ukraine-Konflikts. Alle Vereinbarungen, die den Konfliktparteien bislang in teils zähen Verhandlungen abgerungen werden konnten, standen auf wackeligen Füßen. Sie hingen in erster Linie vom guten Willen der Beteiligten ab – und scheiterten nicht selten an der Umsetzung. Welche Entwicklung erwartest Du in der Ukraine? Wie kann es weitergehen, falls der Dialog zwischen Russland und der Ukraine völlig zum Erliegen kommt?

Genau das müssen wir verhindern. Wir können uns keine Sprachlosigkeit leisten. Deswegen scheint es mir trotz aller Schwächen richtig, an den Minsker Vereinbarungen festzuhalten. Mein Eindruck ist: Alle Konfliktparteien erkennen an, dass es erstens ruhiger geworden ist, dass der Waffenstillstand weitgehend eingehalten wird, auch wenn es

vereinzelt immer noch zu Verletzungen kommt. Deswegen lohnt es sich, weiterzuarbeiten – mit dem Abzug der schweren Waffen und mit Schritten hin zu einem politischen Prozess in der Ostukraine. Dazu gehört, dass wir der OSZE die Kontrollmöglichkeiten verschaffen, die sie braucht, um die Einhaltung der Vereinbarungen zu überwachen.

kontACKt: Ein weiterer Konflikt, der auch die SPD-Bundestagsfraktion sehr stark beschäftigt hat, ist das äußerst brutale Vorgehen der ISIS in Syrien und in den Nachbarländern. Mit den Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak ist die Bundesregierung erstmals von ihrem Grundsatz abgewichen, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Was muss getan werden, um dort dauerhaft zu einer Lösung zu kommen?

Dass in den letzten Monaten in Kobane und im Nordirak der Mythos der Unbesiegbarkeit von ISIS widerlegt wurde, ist wichtig. Der Vorstoß der ISIS konnte gestoppt werden. Aber mit militärischen Mitteln allein wird man ISIS nicht dauerhaft Herr werden können. Deswegen setzen wir mit der internationalen Gemeinschaft auf eine breiter angelegte politische, militärische und humanitäre Strategie mit dem Ziel, alle Bevölkerungsgruppen in den politischen Prozess einzubinden und ISIS dadurch den Nährboden zu entziehen. Klar ist aber auch: Wir haben in den letzten Monaten eine breite internationale Allianz gebildet und schwierige politische und militärische Weichenstellungen getroffen. Aber vieles davon wird erst langsam Wirkung zeigen. Wir werden einen langen Atem brauchen.

kontACKt: Eine Zeitlang war viel von einer Europäisierung der deutschen Außenpolitik die Rede. Erleben wir nicht ge-

rade eine Renationalisierung? Von einem abgestimmten Vorgehen im Rahmen der dafür zur Verfügung stehenden internationalen Organisationen kann doch bei den erwähnten Konflikten nicht wirklich die Rede sein, oder? Was bedeutet das für die deutsche Außenpolitik in Zukunft?

Von einer Renationalisierung kann man meines Erachtens nicht sprechen. Nimm zum Beispiel die Ukraine-Krise. Die hervorragende Zusammenarbeit mit Frankreich war für die Verhandlungen von Minsk von entscheidender Bedeutung.

Und trotz unterschiedlicher nationaler Interessen und historischer Erfahrungen haben wir es geschafft, eine einheitliche europäische Position in der Sanktionsfrage aufrecht zu erhalten. Das ist eine immense Leistung. Wir wissen, dass deutsche Außenpolitik nur in Europa und durch Europa einen Unterschied machen kann. Deshalb war das auch ein Ergebnis unseres Projekts Review 2014: Dass wir Europa noch stärker in der Struktur und in der Politik des Auswärtigen Amtes verankern wollen.



Kerstin Tack unterwegs



09.12.14: Kerstin Tack und die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Verena Bentele, bei der Selbsthilfegruppe für Hörgeschädigte und dem 5-Uhr-Club der Volkshochschule Hannover



03.01.15: Verteilung eines Neujahrsgrußes auf der Lister Meile mit Mitgliedern des SPD-Ortsvereins List-Süd



27.01.15: Kerstin Tack gedenkt in Berlin der Opfer der „Euthanasie“-Morde im Nationalsozialismus



18.02.15: Kerstin Tack zu Besuch in der Klinik für Psychiatrie der MHH mit Leiter Prof. Dr. Bleich



11.12.14: Kerstin Tack und die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks besuchen Projekte zur Berufsorientierung in Garbsen



04.01.15: Kerstin Tack als Schirmfrau bei der achten Eiswette am Mittellandkanal



28.01.15: Podiumsdiskussion zur Reform der Eingliederungshilfe beim Bundesverband der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V. in Berlin



09.02.15: Kerstin Tack und Sozialministerin Cornelia Rundt zu Gast bei LÖWENZAHN – Zentrum für trauernde Kinder und Jugendliche e. V.



19.02.15: Vertragsunterzeichnung der Special Olympics Sommerspiele 2016 in Hannover



11.12.14: 1. Kolibri-Schreibwettbewerb des Integrationsbeirats Bothfeld-Vahrenheide mit Kerstin Tack als Jury-Mitglied



11.01.15: Gemeinsamer Neujahrsempfang der SPD-Ortsvereine Bothfeld und Vahrenheide/Sahlkamp



30.01.15: Gründung der Juso-AG Hannover NordOst



12.02.15: Kerstin Tack setzt beim International Red Hand Day ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldatinnen und Kindersoldaten



08.03.15: Kerstin Tack als Referentin beim Forum des Herz- und Gefäßzentrums Bad Bevensen

Besuchergruppen in Berlin



02.02.2015: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Hannover zu Gast in Berlin



06.02.2015: Kerstin Tack mit den Schülerinnen und Schülern einer neunten Klasse der IGS List



02.03.2015: Besuchergruppe des Kurt-Schwitters Gymnasiums aus Hannover zu Gast in Berlin

Hilfe im Sterben – Hilfe zum Sterben. Über die Debatte zur Sterbehilfe

Der Deutsche Bundestag hat sich vorgenommen, in diesem Jahr darüber zu diskutieren, ob die Sterbehilfe in Deutschland gesetzlich neu geregelt werden soll. Dafür wollen wir Abgeordnete uns Zeit nehmen und – sollten wir zu dem Ergebnis kommen, dass eine gesetzliche Novellierung notwendig ist – einen Gesetzentwurf aus der Mitte des Parlaments erarbeiten. Den Auftakt für unsere Beratungen bildete eine mehrstündige Orientierungsdebatte im Plenum des Bundestages am 13. November 2014. Eine mögliche Beschlussfassung ist für Ende dieses Jahres geplant. Die Zeit dazwischen werden wir nutzen, um intensiv und fraktionsübergreifend über die Fragen, die sich am Ende des Lebens stellen, zu debattieren.

Das Thema ist ein wichtiges und zugleich ein schwieriges. Umso dringlicher ist es aus meiner Sicht, das Jahr 2015 auch für eine breite gesellschaftliche Debatte zu nutzen. Mir als Abgeordnete ist es ein besonderes Anliegen zu erfahren, wie die Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises hierüber denken, welche Sorgen, Ängste und Hoffnungen sie mit dem Thema verbinden. In meinen Bürgersprechstunden und durch Ihre Zuschriften hatte ich bereits Gelegenheit, die Standpunkte von einigen von Ihnen kennenzulernen. Durch mehrere Veranstaltungen möchte ich aber darüber hinaus Raum für einen möglichst breiten gesellschaftlichen Austausch bieten.

Die Auftaktveranstaltung fand am 10. März 2015 mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der üstra-Remise in Hannover statt. Hierzu hatte ich meine Kollegin Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Mit-Autorin des Positionspapieres „In Würde leben, in Würde sterben“, ebenso wie die Vorstandsvorsitzende der Bezirksstelle Hannover der Ärztekammer Niedersachsen, Frau Dr. med. Cornelia Goesmann, und den Stadtsuperintendenten des Evangelisch-lutherischen Stadtkirchenverbandes Hannover, Herrn Hans-Martin Heinemann, eingeladen.

Ziel der Veranstaltung war es, einen intensiven Austausch der Positionen zu ermöglichen. Daher nahm nach kurzen Eröffnungsstatements der Referentinnen und des Referenten die Debatte mit dem Publikum breiten Raum ein. Sie zeigte, wie unterschiedlich die Haltungen zum Sterben und zur Sterbehilfe sind. Als Abgeordnete konnte ich viele Eindrücke und Denkanstöße aus den Diskussionen mitnehmen. Viele berichteten ganz konkret und eindrücklich von ihrem beruflichen oder privaten Erleben.

Klar ist: Wir müssen die palliativmedizinische Versorgung in Deutschland ausbauen und stärken – unabhängig davon, ob wir Ende des Jahres eine Neuregelung der Sterbehilfe anstreben werden oder nicht. Wir müssen auch dringend die Situation in der Pflege spürbar verbessern. Darüber hinaus sollte für Ärztinnen und Ärzte in allen Bundesländern die Beihilfe zum Suizid straffrei sein. Dass hier in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen vorherrschen, halte ich für nicht akzeptabel. Bei dieser Frage sind jedoch in erster Linie die Berufsvertretungen der Ärztinnen und Ärzte gefragt. Was wir letztlich brauchen, ist wieder mehr Gemeinschaft, die auch und gerade dort auffängt, begleitet und trägt, wo das Leben zu Ende geht. Dies ist leider nicht gesetzlich zu regeln. Aber es ist eine Aufgabe für jede und jeden von uns!

Wie gesagt: Dies war der Auftakt einer Debatte, die ich mit Ihnen und euch im Laufe des Jahres weiter führen möchte. Ich darf Sie und euch daher herzlich dazu einladen, sich bereits den **14. Juli 2015** vorzumerken. Dann werden wir vier hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten – Edelgard Bulmahn, Caren Marks, Matthias Miersch und ich – eine zweite große Diskussionsveranstaltung zur Sterbehilfe anbieten.



Der Praxis über die Schulter geschaut – Mein Praxistag in der Klinik für Nieren- und Hochdruckerkrankungen an der MHH

Am 12. März war Welt-Nierentag: Ich nahm dieses Datum zum Anlass, um einen Praxistag in der Klinik für Nieren- und Hochdruckerkrankungen an der Medizinischen Hochschule Hannover zu absolvieren. Begleitet von Prof. Dr. Kielstein und dem Direktor der Abteilung, Prof. Dr. Haller, konnte ich die verschiedenen Bereiche der Nierenklinik näher kennenlernen. Dass Nierenerkrankungen Menschen aller Altersstufen betreffen, wurde mir in der Kinderstation besonders eindringlich vor Augen geführt. Dort sind schon die kleinsten Patientinnen und Patienten von Nierenerkrankungen betroffen – und auf Organspenden angewiesen.



Mit dem Klinikteam habe ich darüber gesprochen, wie wichtig gezielte Prävention bei diesem Erkrankungsbild ist – und über mögliche Reformen des Transplantationsgesetzes. Auch die Organisation der Organspende innerhalb der Institutionen wurde thematisiert. Denn eines ist klar: Auch vor dem sogenannten Organspende-Skandal war die Anzahl der Organspende-Willigen zu niedrig. Deshalb ist es mein Ziel, das Tabuthema Sterben stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Denn nur wenn wir darüber reden, dass unser Leben endlich ist, ändert sich auch unsere Bereitschaft zur Organspende!



Mein Dank gilt an dieser Stelle all jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Klinik für Nieren- und Hochdruckerkrankungen, die sich dort jeden Tag in den Dienst ihrer Patientinnen und Patienten stellen und vorbildliche Arbeit leisten, die deutschlandweit einmalig ist – und auf die ich als Hannoveranerin ganz besonders stolz bin.



Politisches Frauenfrühstück zum Internationalen Frauentag

Am 9. März 2015 veranstaltete ich zusammen mit meinen Kolleginnen Edelgard Bulmahn und Caren Marks anlässlich des Internationalen Frauentages ein politisches Frauenfrühstück im Kurt-Schumacher-Haus.

Viele engagierte Frauen aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft waren gekommen, um mit uns Bundestagsabgeordneten über aktuelle Themen zu diskutieren. Insbesondere die am 6. März beschlossene Frauenquote für Aufsichtsräte wurde als ein erster Meilenstein auf dem Weg zu einer tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau begrüßt. Mit der Quote wird ein weiteres wichtiges SPD-Projekt aus dem Koalitionsvertrag erfolgreich umgesetzt. Für Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen gilt damit in Zukunft eine feste Geschlechter-Quote von 30 %. 3.500 weitere Unternehmen sind verpflichtet, feste Zielgrößen für ihre Aufsichtsräte und die zwei darunter liegenden Führungsebenen zu erstellen und einzuhalten. Für die Gremien des öffentlichen Dienstes gilt ebenfalls eine Quote von 30 %, die im Jahr 2018 auf 50 % erhöht wird. Außerdem wird das Bundesgleichstellungsgesetz modernisiert. Mehr Frauen in Führungspositionen sind ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Das Gesetz zur Quote kann aber nur ein Baustein von vielen sein, denn Gleichstellung bezieht sich auf alle Lebensbereiche. Aus diesem Grund wollen wir mehr: ein starkes Gesetz zur Entgeltgleichheit, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern von noch immer erschreckenden 22 % zu bekämpfen, eine Familienarbeitszeit sowie den Ausbau von Ganztags-Kitas und Schulen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Kombination von Familie, Freizeit und existenzsichernder Erwerbsarbeit muss für alle möglich sein – unabhängig vom Geschlecht.

Impressum:

kontakt | Ausgabe 1/2015 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
 Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de | kerstin.tack.wk@bundestag.de
 Redaktion: Juliane Binder, Maria-Theresa Eggers,
 Franziska Latta, Tanja Meister, Heidi Röder und Frank
 Straßburger | Layout und Satz: Knud Lagershausen
 Gedruckte Auflage: 2.500 Exemplare
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. März 2015

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
 S. 1 Kerstin Tack | Susie Knoll / Florian Jänicke
 S. 2 Artikel Pflege | nerek / photocase.com
 S. 3 Interview Steinmeier | „Foto: photothek.net“
 S. 4 Kolibri-Schreibwettbewerb | Yury Koudrijavzev/yuuuibb
 S. 5 rechte Spalte: MHH / Kaiser

Aus meinem Terminkalender April bis Juni 2015

- 04.04. Osterfeuer beim Kleingärtnerverein Tannenber-Allee, Hannover
- 13.04. Besuch des GDA-Wohnstiftes in Kleefeld, Hannover
- 14.04. Parlamentarisches Frühstück mit dem Vorstandsvorsitzenden von VW Nutzfahrzeuge, Eckhard Scholz, Hannover
- 14.04. Wahlkreiscommission, Hannover
- 16.04. Treffen mit der Hannoverschen Initiative für Soziale Stadt und MdL Thela Wernstedt, Hannover
- 18.04. Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover, Burgdorf
- 20.-24.04. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 25.04. Moderation des Forums Kultur inklusiv bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
- 28.04. Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs Florian Pronold im Wahlkreis zum Thema Städtebau/Soziale Stadt, Hannover
- 30.04. Besuch einer Klasse der Lotte-Kestner-Schule im Bundestag, Berlin
- 30.04. Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Eckpunkte für ein faires Entgelt in Werkstätten für behinderte Menschen“, Berlin
- 04.-08.05. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 05.05. Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, Berlin
- 06.05. Besuch einer Klasse der Pestalozzischule im Deutschen Bundestag, Berlin
- 06.05. Frühjahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin
- 08.05. Treffen des Präsidiums von Special Olympics Deutschland, Berlin
- 11.-13.05. Reise einer Delegation des Bundestagsausschusses für Arbeit & Soziales nach Schweden zum Thema Behindertenpolitik
- 17.05. Festakt 50 Jahre Medizinische Hochschule Hannover
- 18.-22.05. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 26.05. Hospitation beim Hauptzollamt, Hannover
- 01.06. Teilnahme am Seminar Inklusion an der Fachhochschule Hannover
- 01.06. Konferenz „Zukunftsforum Wirtschaft und Arbeit“ der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion, Hannover
- 02.06. Tagung des Organisationskomitees von Special Olympics Deutschland für die Sommerspiele 2016, Hannover
- 04.06. Besuch bei der Lebenshilfe Niedersachsen, Hannover
- 04.06. Besuch beim Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen, Hannover
- 04.06. Veranstaltung mit MdB Burkhard Lischka zum Thema Flüchtlinge, Hannover
- 06.06. Wahlkreisforum, Hannover
- 08.-12.06. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 08.06. Besuch der Gruppe Beensen aus Groß-Buchholz im Deutschen Bundestag, Berlin
- 12.06. Besuch amerikanischer Stipendiatinnen und Stipendiaten im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms im Deutschen Bundestag, Berlin
- 15.-19.06. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 15.06. Besuch einer Klasse der IGS Roderbruch im Deutschen Bundestag, Berlin
- 17.06. Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Inklusiver Arbeitsmarkt, Berlin
- 20.06. Kleefelder Stadtteilstiftung, Hannover
- 24.06. Fachtagung mit dem Hildesheimer Caritasverband zum Bundesteilhabegesetz, Hannover
- 25.06. Veranstaltung zur Pflege mit MdL Petra Tiemann, Stade

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie auf www.kerstin-tack.de

BürgerInnensprechstunde von Kerstin Tack

16. April 2015 von 14:00 bis 18:00 Uhr

2. Juni 2015 von 15:00 bis 18.30 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
 Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 0511 69 98 05 oder
 per E-Mail an kerstin.tack.wk@bundestag.de